Unternehmereigenschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (JPöR)

§ 2b neu löst seitherigen § 2 Abs. 3 UStG ab
 nur unternehmerische Tätigkeit unterliegt der Umsatzsteuer
 im Körperschaftsteuerrecht bleibt der BgA-Begriff unverändert bestehen
 Chance und Risiken

Kategorie	unternehmerische Tätigkeit = Steuerpflicht	keine unternehmerische Tätigkeit = keine Steuerpflicht	Erläuterungen 1	Erläuterungen 2
Katalogleistungen	1. Notare im Landesdienst und Ratschreiber im Land Baden-Württemberg 2. Selbstabgabestellen der gesetzlichen Träger der Sozialversicherung 3. Leistungen der Vermessungs- und Katasterbehörden bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters 4. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 5. Anhang I der MWStSystRI - Telekommunikation - Lieferung von Wasser, Gas, Elektrizität und thermische Energie - Güterbeförderung - Hafen- und Flughafendienstleistungen - Personenbeförderung - Lieferung von neuen Gegenständen zum Zwecke ihres Verkaufs - Umsätze der landwirtschaftlichen Interventionsstellen aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen - Veranstaltung von Messen und Ausstellungen mit gewerblichem Charakter - Lagerhaltung - Tätigkeiten gewerblicher Werbebüros - Tätigkeit der Reisebüros - Umsätze von betriebseigenen Kantinen, Verkaufsstellen und Genossenschaften und ähnlichen Einrichtungen - Tätigkeiten der Rundfunk- und Fernsehanstalten sofern sie nicht nach Artikel 132 Absatz 1 Buchstabe q steuerbefreit sind.	Amtshilfe der Vermessungs- und Katasterbehörden und des Liegenschaftskatasters		
Privatrecht	Leistungserbringung auf privatrechtlicher Grundlage unter gleichen Bedingungen wie private Wirtschaftsteilnehmer.			
Öffentliches Recht	Tätigkeit der öffentlichen Hand im Rahmen der öffentlichen Gewalt, die zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen. Vergleichbare Leistungen privater Unternehmer sind steuerbefreit, jedoch besteht grundsätzlich die Möglichkeit auf die Steuerbefreiung zu verzichten (Option)	Tätigkeit von JPöR, die dieser im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen. Das Handeln im Rahmen öffentlicher Gewalt führt zu keinen größeren Wettbewerbsverzerrungen: 1. Jahresumsatz aus gleichartigen Tätigkeiten übersteigt den Betrag von 17.500 EUR nicht. 2. vergleichbare Leistungen privater Unternehmer sind steuerbefreit Bei Zusammenarbeit von JPöR liegen größere Wettbewerbsverzerrungen nicht vor: 1. Leistung darf auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nur von JPöR erbracht werden, oder 2. Zusammenarbeit wird bestimmt durch gemeinsame spezifisch öffentliche Interessen. Diese liegen regelmäßig nicht vor bei: a) langfristige öffentlich-rechtliche Vereinbarungen b) öffentliche Infrastruktur und Wahrnehmung einer allen Beteiligten obliegenden öffentlichen Aufgabe c) Kostenerstattung d) Leistende erbringt gleichartige Leistungen im Wesentlichen an andere JPöR 3. "insbesondere"	Öffentliche Gewalt: Tätigkeit aufgrund öffentlich-rechtliche Sonderregelung (Gesetz) und Handeln in öffentlich-rechtlicher Form (Verwaltungsakt und öffentlich-rechtlicher Vertrag)	JPöR wird auf Grund einer öffentlich-rechtliche Sonderregelung tätig. Die Tätigkeit ist der JPöR eigentümlich und vorbehalten. mehr als unbedeutende Wettbewerbsverzerrung. Art der Tätigkeit ist maßgeblich. Marktzugang von privaten Teilnehmern? Tatsächliche vorhandener lokaler Markt unerheblich.